

Schutz für den Persischen Golf

Moskau legt ein Konzept für Sicherheit und Zusammenarbeit vor. **Von Karin Leukefeld**

Die USA wollen mehr Truppen in der Golfregion stationieren, um den Iran abzuschrecken. Großbritannien plant eine eigene Militärmission, die von Deutschland unterstützt werden soll, wie Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, meint. In der *Welt am Sonntag* rief Ischinger am Wochenende die Bundesregierung auf, Truppen in die Region zu entsenden, denn »kaum ein Land hängt von der Freiheit der internationalen Schifffahrt so stark ab wie der Exportweltmeister Deutschland«.

Ganz andere Töne kommen aus Moskau. Dort wurde in der vergangenen Woche ein »Russisches Konzept für die kollektive Sicherheit der Region Persischer Golf« vorgelegt. Danach liegt der Schutz der Region vor allem im Interesse und in der Verantwortung der dortigen Anrainerstaaten. Getragen von dieser Einsicht, will Moskau nun unter den Staaten im Mittleren Osten einen umfassenden Dialog initiieren. Ausländische Einmischung müsse dagegen unterbleiben.

Vorgelegt wurde das Konzept am 23. Juli von Michail Bogdanow, dem stellvertretenden Außenminister und Präsidentenbeauftragten für den Mittleren Osten und Afrika. Zu der Präsentation eingeladen waren nach Angaben des russischen Außenamts die in Moskau ansässigen Vertreter der fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat sowie der Europäischen Union, der Arabischen Liga und der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Ebenfalls eingeladen waren die Vertreter der arabischen Staaten, des Irans und der Türkei.

Die Probleme in der Region seien vielschichtig und miteinander verbunden, so die Ausgangsanalyse. Ein Sicherheitskonzept für die Golfregion könne daher gleichzeitig die Sicherheit im gesamten Nahen und Mittleren Osten gewährleisten. Voraussetzung dafür sei der Respekt vor völkerrechtlich verankerten Prinzipien wie der Anerkennung von Souveränität und territorialer Integrität der



Iranische Soldaten patrouillieren in der Straße von Hormus (30.4.2019)

Staaten. Innenpolitische Konflikte müssten ausschließlich durch nationalen Dialog im Rahmen der jeweiligen Verfassung angegangen werden. Das gelte für die Staaten in der Region wie auch für jene, die Interessen in ihr geltend machen wollten.

Im Falle eines Streits dürfe keine Gewalt angedroht oder eingesetzt werden, vielmehr müssten territoriale und Grenzstreitigkeiten nur und ausschließlich friedlich ausgetragen und durch Verhandlungen beigelegt werden. In dem vorgeschlagenen fortlaufenden Dialog über die jeweiligen Interessen müssten sich alle auf militärische Transparenz verpflichten. Dazu gehörten der Austausch über die Militärkonzepte, Treffen der regionalen und nichtregionalen Verteidigungsminister, die Einrichtung von »Hotlines«, Austausch über bevorstehende Manöver und militärische Überflüge. Ein »gleichmäßiger Abbau der Streitkräfte auf allen Seiten« wird angestrebt. Staaten, die außerhalb der Golfregion liegen, sollen auf

eine ständige Truppenstationierung verzichten.

Darüber hinaus werden Waffenkontrollvereinbarungen und entmilitarisierte Gebiete vorgeschlagen. Ausgehend von den Zielen des Nichtverbreitungspaktes im Nahen und Mittleren Osten (NPT-Abkommen), soll die Region perspektivisch zu einer »massenvernichtungswaffenfreien Zone« (WMDFZ, Weapons of Mass Destruction Free Zone) werden. Grenzüberschreitender Terrorismus sowie illegaler Waffenhandel und Menschenhandel sollten bekämpft, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel gestoppt werden.

Die Vorlage des Konzepts reflektiert die neue Rolle Russlands als Ordnungsmacht in der Region. Das Land benennt seine Interessen und bietet – basierend auf internationalen Vereinbarungen – konkrete Lösungsvorschläge an. Moskau hat seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Nahen und Mittleren Osten ausgebaut und gefestigt. Das

vorgelegte Sicherheitskonzept spricht in erster Linie die Regionalstaaten an.

Um zu dokumentieren, dass Russland die Sicherheitsinteressen des Iran respektiert, haben sich beide Länder nun auf ein gemeinsames Seemanöver voraussichtlich Ende des Jahres geeinigt. Der Oberkommandierende der iranischen Marine, Flottenadmiral Hossein Khansadi, sagte am Montag der iranischen Nachrichtenagentur IRNA in St. Petersburg, die Übungen würden im Indischen Ozean, in den Gewässern vor Makran, in der Straße von Hormus und im Persischen Golf stattfinden.

Für die Hardliner in der US-Administration und in Europa ist das von Russland vorgelegte Konzept, wonach ausländische Truppenverbände ganz aus der Region verbannt werden sollen, schwer verdaulich. Jenen, die eine Konfrontation verhindern wollen, bietet der Vorschlag gute Argumente, den Kriegstreibern in den eigenen Reihen Paroli zu bieten.

■ Erforschung und Nutzung von Nuklearenergie im Mittleren und Nahen Osten

Israel ist die eigentliche Atommacht im Mittleren und Nahen Osten, das Land hält diesbezügliche Informationen jedoch geheim. Unmittelbar nach Gründung des Staates 1948 soll ein Forschungsprogramm begonnen worden sein, Unterstützung kam sowohl von Frankreich als auch von Großbritannien. Die ersten Nuklearwaffen wurden vermutlich in den sechziger Jahren hergestellt. Israel weigert sich aus »Gründen der nationalen Sicherheit«, internationalen Kontrollabkommen beizutreten. Die jüngsten Pläne – die allerdings schon seit mehr als 20 Jahren diskutiert wurden – sehen den Bau eines weiteren Atomkraftwerks vor. Dabei gibt es Überlegungen, die regionale Kooperation mit arabischen Staaten und Ingenieuren zu fördern. Das könne dem Frieden dienen.

»Saubere, zuverlässige und friedliche Energie« soll auch das Ziel der Vereinigten Arabischen Emirate

(VAE) beim Ausbau der Atomenergie sein. Das Kraftwerk Baraka bei Al-Dhafra/Abu Dhabi ist seit 2009 im Bau und könnte 2020 fertiggestellt werden. Es ist vorgesehen, dass die vier Reaktoren der Anlage bis zu 25 Prozent des Stroms erzeugen, den die VAE verbrauchen. Angesichts der sinkenden Ölressourcen und um den CO₂-Ausstoß zu senken, planen die VAE nach eigenen Angaben eine Diversifikation des Stromsektors. Gebaut wird mit dem technischen Know-how von KEPCO, dem größten öffentlichen Elektrizitätsunternehmen Südkoreas.

Auch Saudi-Arabien will sein erstes Atomkraftwerk 2020 in Betrieb nehmen. Die Anlage steht außerhalb von Riad in der »König-Abdullasis-Stadt für Forschung und Technologie«. Gebaut wird hier zusammen mit dem staatlichen argentinischen Unternehmen Inva SE. Allerdings sei die Firma lediglich für Bau und Design zuständig, so der Botschafter

des Landes Rafael Mariano Grossi bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien. Die Technik liege in der Verantwortung saudischer Ingenieure. Riad weigert sich bisher, mit den Kontrolleuren der IAEA zu kooperieren.

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, dass das Weiße Haus anscheinend ohne Absprache mit dem US-Kongress Nukleartechnologie an Saudi-Arabien verkauft hatte, kam es in Washington zu heftigem Streit. Das Energieministerium räumte ein, US-Unternehmen sieben Ausfuhrgenehmigungen für den Verkauf sicherheitsrelevanter Nukleartechnologie erteilt zu haben. Antworten auf Anfragen aus dem Kongress, was genau genehmigt worden sei und welche Firmen sich an dem Nukleardeal beteiligten, werden im Außen- und Energieministerium auf höchster Ebene zurückgehalten.

Auch Jordanien und Ägypten haben vor, Atomanlagen zu bauen.

Doch ohne internationale Unterstützung wird das nicht umzusetzen sein.

Der Iran hatte sein nukleares Forschungsprogramm bereits in den fünfziger Jahren ins Leben gerufen und wurde dabei zunächst im Rahmen der US-Initiative »Atome für den Frieden« unterstützt. Auch erhielt Teheran von Frankreich und der BRD Hilfe beim Ausbau der Atomtechnologie. Nach eigenen Angaben verfügt das Land über mehrere Forschungsanlagen, zwei Uranminen, einen Forschungsreaktor und Urananreicherungsanlagen. 1970 unterzeichnete der Iran das Nichtverbreitungsabkommen (NPT), damit verbunden sind regelmäßige Kontrollen durch die IAEA. 2015 wurde das Internationale Atomabkommen mit dem Iran unterzeichnet und vom UN-Sicherheitsrat bestätigt. Die US-Administration erklärte 2018, dass sie sich nicht mehr an das Abkommen halten werde.

Karin Leukefeld

■ Hintergrund

Atomwaffen in der Region

Die Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone (NWFZ) im Mittleren Osten wurde in der UN-Vollversammlung erstmals 1974 befürwortet, der Vorschlag war vom Iran und von Ägypten eingebracht worden. Seit 1980 wird diese Resolution jährlich – ohne Abstimmung – von der UN-Vollversammlung bestätigt. 1990 beantragte Ägypten die Erweiterung der Resolution auf radiologische, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen. 1991 nahm der UN-Sicherheitsrat das an und verabschiedete einstimmig die Resolution 687. Sie fordert die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone (WMDFZ) im Mittleren und Nahen Osten.

Vorschläge, eine entsprechende Konferenz einzuberufen, scheiterten wiederholt. Ein von 21 arabischen Staaten erneut eingebrachter Antrag in die UN-Vollversammlung 2018 erhielt mit 171 Ja-Stimmen eine überwältigende Mehrheit. Die USA und Israel stimmten dagegen, es gab fünf Enthaltungen.

Wichtige Voraussetzung für die massenvernichtungswaffenfreie Zone wäre die Kontrolle aller Nuklearanlagen im Mittleren Osten durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA). Auch dem weigert sich Israel, das als einziger Staat in der Region – unterschiedlichen Quellen zufolge – über 75 bis 400 nukleare Sprengköpfe verfügen soll. Den NPT-Vertrag will das Land aus »Gründen der nationalen Sicherheit« nicht unterzeichnen. Bei der NPT-Überprüfungskonferenz 2015 weigerte sich Israel auch, an Verhandlungen über eine WMDFZ im Nahen und Mittleren Osten teilzunehmen.

Außer Israel verfügen nur wenige Staaten in der Region über Nuklearanlagen. Die einzige Atomreaktoren im Irak – Temmus I und Temmus II –, die mit französischer Hilfe gebaut worden waren, wurden im Juni 1981 von israelischen Kampfflügen zerstört und dann 1991 bei Angriffen von US-Kampfflügen vollends zerstört. Die iranischen Atomanlagen werden von der IAEA kontrolliert, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi Arabien werden voraussichtlich im kommenden Jahr ihr jeweils erstes Atomkraftwerk in Betrieb nehmen. Bisher weigert sich Riad, die Kontrolleure der IAEA zuzulassen.

Obwohl alle Staaten der Region im Prinzip der Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone zustimmen, stagniert der Prozess. Israel besteht darauf, dass erst ein dauerhafter Frieden in der Region eine solche Zone ermöglichen könne. Für die arabischen Staaten dagegen wäre ihre Einrichtung ein wichtiger Grundstein für friedliche Beziehungen unter den Ländern der Region, auch mit Israel. (kl)